

Titel Ländlicher Raum – Aussterben lassen?

AntragstellerInnen Thüringen

Zur Weiterleitung an

Ländlicher Raum – Aussterben lassen?

1 8Die Bundesrepublik zeichnet sich durch vielseitige Strukturen aus. Neben Großstädten und Ballungszentren
2 prägen Dörfer, Gemeinden und Kleinstädte weite Teile des Landes, abseits des urbanen Raumes. Diese länd-
3 lichen Räume bürgen durch ihre ganz individuelle Ausgestaltung eigene Herausforderung für die Versorgung
4 der Bevölkerung und der Gesellschaft im Allgemeinen. Schon heute gibt es Regionen die durch Abwanderung,
5 eine alternde Bevölkerung und ein den damit verbundener Bevölkerungsrückgang in ihrer Existenz gefährdet
6 sind.

7 Es gilt daher, gleichwertige Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen herzustellen und es geht um nichts we-
8 niger, als das sukzessive Aussterben ganzer Landstriche zu verhindern. Nur wenn wir es 12schaffen, vor Ort
9 Strukturen zu etablieren, die auch für junge Menschen und Familien attraktiv sind, werden wir in den ländlichen
10 Räumen mit schlechten Zukunftsaussichten dafür sorgen können, dass sich die Situation verbessert.

11 14Oft sprechen wir über das subjektive Gefühl des Abgehängt-Seins. Wir dürfen es jedoch nicht zulassen, dass
12 dieses teilweise berechnete Denken zur Maxime in der gesellschaftlichen Ausrichtung wird. „Abgehängt-Sein“
13 lässt sich ändern – mit Engagement und mit Investitionen. Die gesellschaftliche Solidarität und der gesellschaft-
14 liche Frieden, über die verschiedenen Milieus und die Generationen hinweg können sich nur ausbreiten, wenn
15 alle Menschen davon ausgehen können, dass ihnen zumindest ähnliche Chancen gegeben werden, in ihren
16 persönlichen Gegebenheiten einen gewissen gemeinschaftlichen Standard zu erreichen.

17 Dieser ‚Standard‘ drückt sich explizit nicht darin aus, dass Mindesteinheiten oder Untergrenzen eingehalten
18 werden, sondern dass sich die Situationen für die Menschen vor Ort verbessern. Wir wollen, dass Chancen-
19 gleichheit herrscht, egal wo die Menschen herkommen und egal wo sie hinwollen.

20 24Es muss unsere Aufgabe sein, vor Ort Lebensbedingungen herzustellen, so dass ein gutes Leben auch mög-
21 lich ist. Trotz aller Hindernisse und struktureller Schwierigkeiten bietet der 28ländliche Raum dabei auch Ent-
22 wicklungschancen.

23 30Wir fordern, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen vor Ort die ländlichen
24 Räumen, welche vor großen Problemen durch Überalterung, Abwanderung und einer ökonomisch schwierigen
25 Situation stehen, strukturell zu fördern. Dazu gehören zu allererst zwei Stellschrauben: Zunächst die Ausfinan-
26 zierung der Kommunen durch überarbeitete kommunale Finanzausgleichssysteme und höhere Mittelzuwei-
27 sungen von Bund und Ländern. Darüber hinaus müssen die Kommunen stärker an steuerlichen Einnahmen
28 beteiligt werden. Es soll noch mehr, als heute möglich, die Möglichkeiten geben, diverse Steuern durch He-
29 besätze eigenständig zu beeinflussen. Die Ausgestaltung der Gewerbesteuer soll hier als Beispiel dienen. Die
30 Kommunen brauchen eine dynamische Einnahmequelle, damit sie bei der Finanzierung ihres eigenen Haus-
31 haltes nicht auf Fremdmittel angewiesen ist. Und als zweiter Überpunkt muss die Aufgabe der Neuordnung
32 zwischen freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben für die kommunale Hand erfolgen. Nur mit strukturel-
33 len Änderungen verkommt die kommunale Selbstverwaltung nicht zu einer Worthülse. Die nachfolgenden
34 Themenbereiche sind 36nicht abschließend, decken aber einen großen Teil unserer Forderungen ab, welche
35 den ländlichen Räumen helfen sollen, die massiv von Überalterung, Abwanderung und einer schwierigen wirt-
36 schaftlichen Lage betroffen sind:

37 **1. Anbindung und Mobilität verbessern.**

38 Für viele Menschen führt die fehlende Mobilität und der damit verbundene verwehrte Zugang zu wichtigen
39 und teils lebensnotwendigen Einrichtungen symbolisch zum Gefühl des Abgehängt-Seins. Um die Situation der
40 Menschen im ländlichen Raum zu verbessern und die Attraktivität des nicht urbanisierten Raums zu stärken,
41 müssen neue Konzepte der Mobilität zum Einsatz kommen. Es darf nicht sein, dass der Bus nur noch einmal
42 alle zwei Tage ins Dorf kommt und der Bahnhof schon seit Jahrzehnten abgekoppelt bleibt.

43 Es kann sich nicht darauf verlassen werden, dass jede*r ein Auto zur Verfügung hat. Gerade Jugendliche und
44 junge Menschen können sich oftmals den Individualverkehr nicht leisten. Gleiches trifft auch auf ältere Men-
45 schen zu, die zudem altersbedingt nicht mehr in der Lage dazu sind, ein eigenes Auto zu unterhalten.

46 Wir fordern:

47 den vollumfänglichen Ausbau des ÖPNV. Jeder Ort muss unabhängig der Größe mindestens zwei Mal am Tag
48 (auch am Wochenende) angefahren werden, so dass es die Möglichkeit gibt in die nächste größere Stadt zu
49 fahren. Wir müssen hier die Unternehmen klar in die Pflicht nehmen. Es muss selbstverständlich sein, dass
50 jede Person einen Beförderungsbedarf hat. Zudem sollen Rufbus-Angebote die außerplanmäßige Nachfrage
51 bedienen. Diese müssen individuell an die Bedürfnisse der Menschen angepasst werden. So muss gewähr-
52 leistet sein, dass sowohl das Einkaufen, Ärzt*innenbesuche, Bildungsangebote, Freizeitangebote aber auch
53 kulturelle und gesellschaftliche Angebote genutzt werden können.

54 – die nahtlose Verzahnung der unterschiedlichen Mobilitätsangebote hinsichtlich der Taktung. So muss ein
55 schlüssiges Konzept aus Schienenverkehr, Bustransport und weiteren individuellen Angeboten gefunden wer-
56 den. Es braucht auch in kleineren Ortschaften eine Anbindung an den Zugverkehr. Bis heute bestehen viele
57 stillgelegte Schienennetze und Bahnhofsgebäude. Wir müssen diese schlüssig reaktivieren und in das Mobili-
58 tätskonzept einfügen.

59 – Um den individuellen Anforderungen an die Beförderung gerecht zu werden, sollen abwechselnd schnelle
60 Verbindungen und Verbindungen mit vielen Haltepunkten zur Verfügung gestellt werden. Auch diese sind in
61 Verbindung mit einem schlüssigen Beförderungskonzept bestehend aus weiteren Bus- und Individualangebo-
62 ten sein.

63 – die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Mitfahr-Initiativen. Mitfahrgelegenheiten von Nachbar*innen
64 etc. auf dem Land gibt es ebenso wie in den Städten. Gerade hier zeigen sich Gelegenheiten zur nicht-
65 kommerziellen Nutzung der Bevölkerung fernab des ÖPNVs

66 – einen bundeseinheitlichen Verkehrsverbund um ein flächendeckend schlüssiges Verkehrskonzept zu ge-
67 währleisten

68 – den kostenlosen ÖPNV. Nur dieser kann Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unabhängig von äußeren Ein-
69 flüssen gewährleisten. Bis zu dieser Umsetzung müssen sofort Lösungen gefunden werden, die wirtschaftlich
70 Schwachen, Kindern, Jugendlichen und Älteren deutliche Ermäßigungen zugestehen.

71 **2. Nahversorgung mit Lebensmitteln, Mittel des täglichen Gebrauchs und Geld**

72 Die Lebensmittelläden gehören der Vergangenheit an, der letzte Bäcker hat vor ein paar Jahren geschlossen
73 und der nächste Supermarkt ist genau wie die nächste Bank ein paar Kilometer entfernt. Vor Ort gibt es meist
74 keine Möglichkeiten mehr, schnell etwas einkaufen zu gehen. Die Sicherung der Nahversorgung stößt an ihre
75 betriebswirtschaftlichen Grenzen.

76 6869Hier muss angesetzt werden. Der Einzelhandel sollte bei innovativen Projekten zur Versorgung der peri-
77 pheren Räume unterstützt werden.

78 Die Versorgung mit Lebensmitteln, Gütern des täglichen Gebrauchs und Geld muss in kleinteiligen regionalen
79 Zentren organisiert und sichergestellt sein. Entsprechend verschiedener Sufen (über-örtlicher Bedeutung die-
80 ser regionalen Zentren ist ein angemessenes Angebot vorzusehen. Ziel muss es sein Angebote für möglichst
81 viele Menschen zu schaffen, dabei aber auch Bündelungseffekte zu nutzen. Die Kommunen sollen dabei den
82 Rahmen vorgeben, der es 70öffentlichem und privatem Engagement ermöglicht, im ländlichen Raum aktiv zu
83 werden.

84 Wir fordern:

- 85 • Es soll stets die Möglichkeit gewährleistet sein, täglich postalische Versendungen vorzunehmen und zu
86 empfangen.
- 87 • Zugang zu wohnortnahen Nahversorgungsmöglichkeiten für möglichst alle
88 Menschen durch eine verzahnte Struktur aus kommunalen und privaten,
89 sowohl stationären als auch mobilen Angeboten.
- 90 • Gleiches gilt für den Zugang zu Geldautomaten, Briefkästen und Packstationen in allen Ortschaften.
91 An den Geldautomaten soll es möglich sein mit Debitkarten und Kreditkarten Geld abzuheben. Des
92 Weiteren muss bargeldloses bezahlen auch auf dem Land zum Standard werden.
- 93 • die Unterstützung von Kooperationslösungen durch verschiedene Einzelhandelsmärkte. Seien es sta-
94 tionäre Verkaufsstände an bestimmten Wochentagen oder fahrende Händler, die ein eingeschränktes
95 Sortiment veräußern.
- 96 • die Professionalisierung von Vermarktungsinitiativen aus der Region, da gerade Direktvermarkter eine
97 größere Zielgruppe ansprechen und Wirtschaftlichkeit auch in kleinen Orten generieren.
- 98 • Vereinfachte und verbesserte Rahmenbedingungen für Genossenschaftsmodelle im Einzelhandel, bei-
99 spielsweise Dorfläden.

100 3. Netzausbau

101 Ein weiterer Punkt, in dem ländliche Räume oftmals gegenüber urbanen Gebieten zurückfallen, ist der Netz-
102 ausbau. Gerade Menschen, die nicht in der Stadt wohnen, leiden unter der Abkopplung vom Internet. Entweder
103 gibt es gar keine Verbindung oder das Internet ist so schwach, dass man damit nichts wirkungsvoll anfangen
104 kann. Für den Mobilfunk gilt das in gleicher Weise.

105 Diesen Zustand müssen wir hinter uns lassen. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten gerade auch im
106 21. Jahrhundert, dass die Menschen überall telefonieren und ins Internet gehen können. Der Ausbau muss
107 schleunigst vorangetrieben werden.

108 Wir fordern:

- 109 • den konsequenten Ausbau der Breitbandinfrastruktur mit Glasfaserkabeln und den Verzicht der
110 Vectoring-Technologie. Ausbau, Betrieb und Eigentümer*innenschaft gehören in staatliche Hand. Die
111 aktuelle Bewertung der Internetversorgung in Deutschland zeigt, dass „Privat vor Staat“ versagt hat.
- 112 • . Der favorisierte Ansatz sollte FTTH sein.
- 113 • den konsequenten Ausbau der Mobilfunknetze. Die Funklöcher, gerade in wenig besiedelten Gebieten
114 und entlang von Bahntrassen sowie Autobahnen müssen verschwinden, Telefonie und Mobile Daten
115 sollen überall in adäquater Qualität verfügbar sein.
- 116 • öffentliche WLAN-Hotspots an zentralen Plätzen von Gemeinden sowie in Dorfgemeinschaftszentren
117 und an allen öffentlich zugänglichen Plätzen der öffentlichen Verwaltung, die durch Bund und Länder
118 finanziert werden.

119 4. Ärzt*innen- und Pflegeversorgung

120 99Ein Problem, das in naher Zukunft und unaufhaltsam herannaht, ist die gesundheitliche Versorgung. Länd-
121 liche Räume haben es in ihrer Struktur besonders schwer, mit ausreichend Ärzt*innen abgedeckt zu werden.
122 Schon jetzt sind die Patient*innenzahlen pro Praxis viel zu hoch, in Zukunft jedoch wird sich die Zahl vieler-
123 orts pro Ärzt*in höchstwahrscheinlich noch weiter steigern. Ähnlich gelagert ist die Versorgung von pflege-
124 bedürftigen Menschen – sei es der stationäre Pflegebereich oder fehlende Kapazitäten in der ambulanten
125 Pflege.

126 Wenn wir den Kollaps des Gesundheitssystems verhindern wollen, muss enorm in die Pflege investiert werden.
127 Es braucht modernere Strukturen und Methoden in der medizinischen Arbeit sowie ein neues Verständnis von
128 Pflegearbeit im 21. Jahrhundert.

129 Wir fordern:

- 130 • Krankenhäuser müssen im ländlichen Raum erhalten bleiben. Die Daseins-Vorsorge ist wichtiger als
131 das betriebswirtschaftliche Ergebnis.
- 132 • Fachärzte (und Therapeuten) müssen auch in der Fläche verfügbar sein. In kommunaler Zusammenar-
133 beit können verschiedene Fachärzte (und Therapeuten) in einem Haus angesiedelt werden.
- 134 • die Ermöglichung von Kooperationen und Zusammenarbeit in allen geeigneten Formen sowie die Ein-
135 richtung von kommunalen Praxen und Zweigpraxen.
- 136 • Es soll stets die Möglichkeit gewährleistet sein, täglich Medikamente und medizinische Notwendigkei-
137 ten zu empfangen.
- 138 • die sinnvolle Weiterentwicklung und schrittweise Anwendung von E-Health-Lösungen.
- 139 • eine stärker interdisziplinäre und professionsübergreifende Ausrichtung der Gesundheitsversorgung.
- 140 • Stipendien, Programme und finanzielle Unterstützung für angehende Landärzt*innen und eine Land-
141 ärzt*innenquote für Medizinstudiengänge nach dem Vorbild in Rheinland-Pfalz
- 142 • höhere Löhne in der Pflege. Qualifiziertes Personal muss entsprechend der Bedeutung dieser Arbeit
143 entlohnt werden.
- 144 • Schaffung von finanziellen Anreizen und einer entsprechenden Infrastruktur für Ärzt*innen, die sich
145 dazu entschließen, eine Praxis auf dem Land zu eröffnen

146 **5. Wohnungspolitik**

147 Wenn man an Wohnungspolitik denkt, kommt sofort der angespannte Wohnungsmarkt in den Ballungsgebiete-
148 ten in den Sinn. In vielen ländlichen Räumen ist die Situation anders gelagert – hier gibt es oftmals Raum und
149 Leerstand. Allerdings ist mancher Leerstand in derart marodem Zustand, dass es sich um Schrottimobilien
150 handelt. Diese müssen häufig enteignet und dann kostspielig durch Kommunen abgerissen werden. Vielfach
151 ist die Bausubstanz in die Jahre gekommen und hält weder Ansprüche für altersgerechtes Wohnen noch mo-
152 derne Energiestandards. Trotzdem hat für uns der Erhalt gewachsener Ortsbilder und die Innenentwicklung
153 von dörflichen Strukturen eine hohe Priorität.

154 124Wir wollen eine Wohnungspolitik, die den Anforderungen unserer Zeit gerecht wird.

155 Wir fordern:

- 156 • Finanzmittel, die den Abriss oder Rückbau von Schrottimobilien sowie Gemeindeumbaumaßnahmen
157 in finanzschwachen Kommunen übernehmen.
- 158 • Zugriffsmöglichkeiten auf Schrottimobilien in Kommunen nach spätestens fünf Jahren.
- 159 • eine aktive Bodenpolitik, die Grunderwerb zu sozial erschwinglichen Preisen ermöglicht und einen aus-
160 reichenden Bestand an bezahlbarem Mietwohnraum sicherstellt.
- 161 • Unterstützung zur Sanierung und Modernisierung alter Bausubstanzen.
- 162 • Initiativen für Wohnungsbaugenossenschaften.
- 163 • Mieter*innen, die in einem privaten Gebäude wohnen, sollen es einfacher haben sich zusammenzutun
164 und eine Wohnungsbaugenossenschaft zu gründen. Über die kommunalen Sparkassen sollen dann
165 Möglichkeiten der Finanzierung des Erwerbs der Immobilie gefunden werden.
- 166 • Finanzmittel durch Bund und Länder für die Kommunen für den Erwerb eines Grundstückes, welches
167 für die Schaffung bedarfsorientierten bezahlbaren Wohnraums genutzt werden muss.
- 168 • Finanzmittel durch Bund und Länder für Private und Kommunen, für Umbaumaßnahmen von Häusern
169 mit dem Ziel bezahlbare kleine Wohneinheiten oder barrierefreie Wohneinheiten und Zweckverbände
170 zu schaffen.

171 **6. Verwaltung und Bürger*innenbeteiligung**

172 Ein weiteres Problem liegt häufig in den Verwaltungsabläufen. Menschen müssen immer noch zu häufig in
173 Ämter und Rathäuser, um ihre Angelegenheiten zu regeln. Dabei gäbe es längst Möglichkeiten für weniger

174 umständliche Verfahren. Zunächst sollte die interkommunale Zusammenarbeit unter der Betrachtung der fol-
 175 genden Frage ausgebaut werden: Welche Aufgaben können in gemeinsamen Einrichtungen mehrerer Kom-
 176 munen zusammenlaufen und welche Möglichkeiten gibt es, als digitaler Dienstleister aufzutreten? Anderer-
 177 seits müssen auch Möglichkeiten für immobile Menschen geschaffen werden, sprich mobile Verwaltungsein-
 178 hei¹⁴²ten.

179 Wir wollen einen Verwaltungsapparat, der effizient die Anliegen der Menschen abarbeitet. Hier müssen digita-
 180 le Lösungen forciert werden, um größere Strukturen zu ermöglichen. Letztlich wird es schwieriger geeignetes
 181 Fachpersonal zu finden, das in Kommunalverwaltungen arbeitet, daher werden wir an Kommunalverwaltungs-
 182 reformen¹⁴⁷nicht herkommen.

183 Wir fordern:

- 184 • Stärkere interkommunale Zusammenarbeit, solange das nicht den Interessen der Kommunen wider-
 185 spricht.
- 186 • die Digitalisierung der Verwaltung und den entsprechenden Umbau der Strukturen.
- 187 • den Ausbau der Bürger*innenbeteiligung vor Ort, wie die Bildung von Ortsteilräten.
- 188 • größere Einflussmöglichkeiten und eigene Finanztöpfe für Ortsteilräte und ähnliche kommunale Bei-
 189 teilungsformen.

190 **7. Kindertagesstätten und Schulen**

191 171

192 **8. Ehrenamt**

193 Das Ehrenamt war und ist gesellschaftlich von entscheidender Bedeutung. Gerade in vielen ländlichen Räu-
 194 men läuft nichts ohne die Strukturen des Sportklubs, der freiwilligen Feuerwehr oder des Kirmesvereins etc.
 195 Die Menschen, die sich um ihr Gemeindeleben kümmern und dafür viel Zeit und Energie investieren, müs-
 196 sen unterstützt werden. In vielen kleineren Kommunen fehlt es an finanziellen Mitteln, um diese Strukturen
 197 aufrechtzuerhalten.

198 An diesem Punkt muss angesetzt werden, die vielen Ehrenamtler*innen müssen Unterstützung und Würdi-
 199 gung erfahren. Die Kommunen, Ortsteile und unteren Strukturen sollten Möglichkeiten zur Stärkungen von
 200 Kultur und Sport vor Ort in die Hand gegeben werden.

201 Wir fordern:

- 202 • dass jedem Kommunalgremium für seine Ortschaft ein Budget zur Verfügung gestellt wird, mit dem
 203 Vereine und Initiativen bezuschusst werden, die die Koordination für Ehrenämter übernehmen und
 204 somit kulturelle und ehrenamtliche Aktivitäten ermöglichen¹⁸²
 - 205 – dass Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, in denen ehrenamtliches Engagement Platz
 206 zur freien Entfaltung hat. Dabei müssen die Bedarfszahlen an die tatsächlichen Nutzungszeiten
 207 angepasst werden. Es muss zwingend berücksichtigt werden, dass ehrenamtliches Engagement
 208 zum Großteil nach der Erwerbstätigkeit ausgeführt wird. Die Bedarfe entstehen fast ausschließ-
 209 lich zu i.d.R. erwerbsfreien Zeiten. Die Räumlichkeiten müssen in ausreichender Menge zu diesen
 210 Zeiten zur Verfügung stehen.
 - 211 – dass das Ehrenamt eine höhere gesellschaftliche Würdigung erfährt und aktive Menschen in
 212 ihrer Ausübung unterstützt und nicht eingeschränkt werden.
 - 213 – Einen Fond der Hauptamtlichkeit im Ehrenamtsmanagement zulässt und Anschub für eine aktive
 214 Vereinslandschaft vor Ort ermöglicht.
 - 215 – einen „Ehrenamtsinformationstag“. Bei diesem sollen Organisationen und lokale Projekte etc.
 216 die Möglichkeit haben sich vorzustellen und mit Schüler*innen in Kontakt zu treten. Diese Ta-
 217 ge müssen Schulen mindestens einmal im Jahr veranstalten oder besuchen. Dabei werden die
 218 Schüler*innen von Unterricht befreit um hervorzuheben, wie wichtig Ehrenamt ist. Wirtschaftli-
 219 che Verbände sind ausgeschlossen.

- 220 – Fahrtkostenübernahme für die Ausübung der Ehrenämter durch die Städte nach Überreichen
 221 der Belege oder Stellen von Monatskarten im lokalen Bereich. Nur so kann allen eine Teilhabe
 222 ermöglicht werden
- 223 – Eine jährliche Projektwoche zum Thema „soziales Engagement“ in Schulen. Dort sollen Schü-
 224 ler*innen einen Einblick in das Ehrenamt bekommen.

225 **9. Kinder- und Jugendarbeit vor Ort**

226 Die Abwanderung oder Landflucht ist auch begründbar mit 190 der oftmals nicht vorhandenen Kinder-
 227 und Jugendarbeit. Vielfach gibt es neben der alten Bushaltestelle keinen Ort, an dem sich junge Men-
 228 schen treffen können. Das Potential der Jugendarbeit und der Beteiligung junger Menschen wird in
 229 vielen ländlichen Räumen nicht genutzt, um die Kommunen so zu entwickeln, dass sie attraktiver für
 230 diese Altersgruppen werden.

231 Die Kinder- und Jugendarbeit muss finanziell und personell stärker untersetzt sein, um im ländlichen
 232 Raum flächendeckend effektiv wirken zu können. Gleichsam müssen die Kinder und Jugendlichen vor
 233 Ort in die Erarbeitungen mit einbezogen werden – es darf keine übergestülpten Konzepte geben. In
 234 jedem Fall müssen Angebote für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, die sie auch vor Ort wahr-
 235 nehmen können.

236 Wir fordern:

- 237 – Kinder- und Jugendbeauftragte und eine umfangreiche Jugendarbeit, die sich den Strukturen in
 238 den Ortschaften anpasst.
- 239 – die Einsetzung von Jugendbeiräten in allen Städten und Gemeinden. Den Mitgliedern soll ein
 240 Anhörungs- und Rederecht zu jugendpolitischen Themen in den betreffenden kommunalen Räu-
 241 men eingeräumt werden.
- 242 – dass es in allen Kommunen Ansprechpartner*innen vor Ort gibt. Notfalls müssen Modelle der
 243 mobilen Jugendarbeit angewandt werden.
- 244 – Räume zur freien Entfaltung für Jugendliche sowie Spielplätze und die Sanierung von Spielanla-
 245 gen für Kinder.
- 246 – Um einen Beitrag für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu leisten, fordern wir die
 247 finanzielle und personelle Unterstützung der lokalen Vereine, Schwerpunktmäßig in der Jugend-
 248 arbeit, die ebendies bezwecken.
- 249 – die Aktive Unterstützung zur Gründung und finanzielle Förderung von Jugendbeiräten.

250 **10. Ortsvorsteher*innen stärken; Dorfgemeinschaftszentren ausbauen**

251 212 Ortsvorsteher*innen leisten als gewählte Vertreter*innen selbst kleinster Gemeinden eine wichti-
 252 gen Beitrag für die direkte Ansprechbarkeit demokratischer Institutionen vor Ort. Die Rolle von Ortsvor-
 253 steher*innen ist ehrenamtlich und umfasst neben der Vertretung der Gemeinde in der kommunalen
 254 Verwaltung auch vielfältige Aufgaben im Ort selbst. Wir wollen diese Menschen in ihrem Engagement
 255 stärken und mehr Hauptamtlichkeit bei Ortsvorsteher*innen schaffen.

256 In vielen Forderungspunkten wurde zudem die Frage nach Raum und Räumlichkeiten aufgeworfen.
 257 Daher fordern wir, dass wo möglich Bürger*innenzentren oder Dorfgemeinschaftshäuser entstehen
 258 sollen. Außerdem sollen die Kommunen finanziell so ausgestattet werden, dass sie die laufenden Kosten
 259 tragen können. Hier sollen die Bewohner*innen, aber auch Vereine und Initiativen Zugang für Aktivi-
 260 täten bekommen. Die Räumlichkeiten können als Veranstaltungsorte dienen und es sollen die Mög-
 261 lichkeiten erörtert werden, kleine Verkaufsräume einzurichten, um in Kooperation mit dem privaten
 262 Einzelhandel, Gewerbe treiben zu können.